

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 22 - Landeszentrale für Politische Bildung -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 294.01 / 19.10.2001

Grüne

Die breite Vielfalt der politischen Bildung soll sich im neuen Konzept wieder finden

Wir begrüßen, dass die Landesregierung ein neues Konzept zur Landeszentrale für politische Bildung zur öffentlichen Diskussion stellt. Das Festhalten am alten Konzept, wie es der Antrag der CDU darstellt, lehnen wir ab.

Die vorgeschlagene Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH, wie sie die Arbeitsgruppe im Auftrag des Bildungsministeriums vorschlägt, an der sich eine Vielfalt von Bildungsträgern beteiligen, werden wir auf Herz und Nieren prüfen. Wichtig ist uns, dass die Landeszentrale und die von ihr geförderten Institutionen kein „closed shop“ wird.

Schon jetzt ist glücklicherweise die Vielfalt und Lebendigkeit der politischen Bildung in diesem Lande weder in Konzeption, noch Finanzierung allein von den nach 1945 in allen Bundesländern dankenswerterweise von den Alliierten eingerichteten staatsbürgerlichen Landesbildungszentralen abhängig.

Ob es um die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung ihrer Schulen oder das Begreifen und Erlernen von Konfliktbewältigung geht, Touristen über den Naturschutz und nachhaltige Küstenpolitik und Konsumverhalten durch Naturschutzverbände aufgeklärt werden, wenn es Frauenbewegung gelungen ist, die Entwicklung eines neuen politischen Verständnisses der Gewalt zwischen den Geschlechtern zu etablieren, dann sind dies Beispiele gelungener politischer Bildung im Alltag.

Nicht nur die bisherigen großen Verbände der Tarifparteien, Kirchen und Parteien, sondern all die in den letzten zwanzig Jahren gewachsenen Bildungsträger zu vernetzen und moderne Formen der Weitervermittlung modellhaft zu begründen, das soll die zukünftige Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung sein.
